

Niederschrift



Gremium: **40. Sitzung des Ausschusses für Personal, EDV und Organisation**

Sitzungsdatum: **Freitag, den 07.02.2014**

Sitzungsort: **Landratsamt Augsburg, Kleiner Sitzungssaal 221, 2. Stock**

Beginn: **09:02 Uhr**

Ende: **10:30 Uhr**

Landrat Sailer eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Vorsitzende / Vorsitzender:

Martin Sailer

Mitglieder:

Peter Bergmeir
Dr. Markus Brem
Hannelore Britzlmair
Hans-Peter Dangl
Silvia Daßler
Marlies Fasching
Anni Fries
Peter Högg
Hubert Kraus
Eva Rößner
Peter Schönfelder
Robert Steppich

Vertreter:

Manfred Buhl
Gabriele Huber

Vertretung für Franz Fendt
Vertretung für Gerhard Ringler

Schriftführerin:

Susanne Häusler

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

1. EDV-Haushalt 2014 - 2. Lesung
2. Kreishaushalt 2014 - 2. Lesung;
Behandlung des Verwaltungsentwurfs
Vorlage: 14/0017
3. Sachstandsbericht zur Einführung des papierlosen Sitzungsdienstes;
Anfrage der FW vom 17. Dezember 2013
Vorlage: 14/0001
4. Verschiedenes
5. Wünsche und Anfragen

Öffentliche Sitzung

TOP 1 EDV-Haushalt 2014 - 2. Lesung
--

Auf Vorschlag von **Landrat Sailer** wird dieser Punkt von der Tagesordnung abgesetzt, da der EDV-Haushalt bereits in der letzten Sitzung beschlossen wurde.

Damit besteht Einverständnis.

TOP 2 Kreishaushalt 2014 - 2. Lesung; Behandlung des Verwaltungsentwurfs Vorlage: 14/0017
--

Sachverhalt:

Der Verwaltungsentwurf zum Kreishaushalt 2014 (Stand: 13.12.2013) wurde am 13.01.2014 in den Kreistag (Vorlage 13/0373) eingebracht und bezüglich seiner Eckwerte vorgestellt. Der Verwaltungsentwurf ging von einem ungedeckten Bedarf in Höhe von ursprünglich 3.468.300 € aus. Daneben befanden sich auf Zusatzlisten hinzu kommende Einzelpositionen. Zum Abgleich des Vermögenshaushaltes war eine Kreditaufnahme in Höhe von zunächst 28.812.400 € enthalten. Nach einer ersten Fortschreibung dieser Zahlen (Stand: 10.01.2014) korrigierte sich der ungedeckte Bedarf im Verwaltungshaushalt auf 261.800 €, die notwendige Kreditaufnahme zum Ausgleich des Vermögenshaushalts auf 29.337.000 €. Bei Berücksichtigung von Einzelpositionen auf Zusatzlisten werden sich diese Beträge weiter verändern.

Der Verwaltungsentwurf zum Kreishaushalt 2014 wurde in einer ersten Lesung behandelt, und zwar am

15.01.2014 im Beirat für Soziales und Seniorenfragen,
20.01.2014 im Schul- und Kulturausschuss,
20.01.2014 im Kreisausschuss,
21.01.2014 im Jugendhilfeausschuss,
23.01.2014 im Bau-, Umwelt- und Energieausschuss und
24.01.2014 im Ausschuss für Personal, EDV und Organisation.

Haushaltsklausuren der CSU-, SPD-, FW-, FDP- sowie Bündnis 90/Die Grünen-Kreistagsfraktionen werden in der Zeit bis 01.02.2014 stattfinden.

Veränderungen, die sich gegenüber dem Ausgangsstand vom 13.12.2013 ergeben haben, wurden in den jeweiligen Sitzungen dargestellt.

Neben den eingetretenen Veränderungen ist zu berücksichtigen, dass letztlich immer noch nicht alle erforderlichen Eckwerte, die auf einen Abgleich des Kreishaushaltes 2014 Einfluss nehmen können, bekannt sind. Außerdem wären über die in der Zusatzliste enthaltenen Einzelpositionen, die im bisherigen Zahlenwerk noch nicht enthalten sind, Entscheidungen sowie Eckwertebeschlüsse herbeizuführen.

Bereits am 19.12.2013 hat der Bezirkstag über die Höhe der Bezirksumlage 2014 entschieden. Die Auswirkungen des um 1 %-Punkt reduzierten Bezirksumlagehebesatzes von 22,9 % wurden bereits in der Präsentation des Verwaltungsentwurfs im Kreistag am 13.01.2014 beschrieben.

Daneben enthält die Verwaltungsvorlage nach wie vor Unwägbarkeiten. So sind auch noch nicht alle Finanzausgleichsleistungen verbindlich festgelegt (z. B. stehen verbindliche Bescheide über Finanzausweisungen, ÖPNV-Zuweisungen und Investitionspauschalen noch aus) sowie einige Wirtschaftspläne, welche Auswirkungen auch auf den Kreishaushalt nehmen, endgültig verabschiedet.

Nähere Einzelheiten erfolgen im Zuge der Beratungen durch die Landkreisverwaltung.

Herr Seitz verweist auf die aktuelle Fortschreibung der Haushaltsansätze, die in den vergangenen Tagen an die Ausschussmitglieder ausgereicht wurde. Im Bereich des Ausschusses für Personal, EDV und Organisation seien bisher keine Fortschreibungen vorgenommen worden. Dies bedeute, dass die Zahlen, wie sie in der ersten Lesung vorgestellt wurden, unverändert seien. In anderen Ausschüssen gebe es jedoch bereits Beschlüsse über Listenpositionen und einzelne Haushaltsansätze, so dass man augenblicklich von einem Überschuss in Höhe von etwa 1,6 Millionen Euro ausgehen könne. Dieser Überschuss werde zur Befüllung der Rücklage zur Sondertilgung von Schulden benötigt. Es gebe sicher noch das eine oder andere Thema, das der Kreisausschuss auffangen müsse. Der Kreisausschuss müsse noch über eigene Listenpositionen und über Anträge aus den Fraktionen entscheiden. Herr Seitz erklärt, dass sich deswegen dieser Betrag ein Stück weit nach unten reduzieren könne. In anderen Fachausschüssen habe man jedoch auch noch Potenzial, um letztendlich auf eine sinnvolle und notwendige Rücklagenzuführung zu kommen.

Herr Seitz führt weiter aus, dass es bei den Beratungen bezüglich des Stellenplans gewisse Irritationen gegeben habe. So habe man die Anzahl der Stellen 2014 zum 01.01.2014 mit 495 dargestellt. Dies sei grundsätzlich auch richtig. Dem gegenübergestellt hatte man die Anzahl der Stellen 2013 zum 01.01.2013 mit 441,5. Diese Zahl müsse auf 478 Stellen berichtigt werden. Herr Seitz erklärt, dass es sich bei diesen Zahlen um „Köpfe“ handeln würde, demgegenüber dargestellt war die Anzahl der tatsächlich besetzten Stellen 2013. Hier war die Zahl von 391 ausgewiesen. Dies habe augenscheinlich dazu geführt, dass man vermuten könne, man hätte 100 Stellen unbesetzt. Dies sei natürlich nicht der Fall und werde zukünftig klarer dargestellt. Die Differenz erkläre sich aus der Anzahl der Mitarbeiter hin zu der Zahl der Vollzeitäquivalente. Die entsprechende Zahl hierzu zum 01.01.2014 wäre 422,5.

An den Haushaltsansätzen selbst habe sich nichts geändert. Auch bei den Personalkostenansätzen gebe es keine Veränderungen. Herr Seitz verweist auf die letzte Seite der Personalausschuss-Vorlage. Hier müsse noch über einige Listenpositionen entschieden werden. Dabei ginge es um Ansätze der Hauptverwaltung. Zu Beginn der Haushaltsberatungen habe man vier Positionen auf Liste gestellt. Dabei handele es sich um einen Ansatz im Vermögenshaushalt mit 24.000 Euro für die Neumöblierung des kleinen Sitzungssaales. Des Weiteren habe man 10.000 Euro für weitere Sicherheitsmaßnahmen am Gebäude vorgestellt. Bei der nächsten Listenposition handele es sich um die Neumöblierung der Kantine, um diese auch als Konferenzraum nutzen zu können. Herr Seitz erklärt, dass dies insbesondere dann Sinn mache, wenn man auch gewisse bauliche Veränderungen an der Kantine vornehmen würde. Dabei wäre an den Einbau einer entsprechenden Lüftungsanlage gedacht. Außerdem müsse eine gewisse räumliche Trennung hergestellt werden können. Diese Maßnahmen seien im Bau-, Umwelt- und Energieausschuss geschoben worden. Man könne natürlich trotzdem die Möbel austauschen. Allerdings wäre es wohl sinnvoller, dies mit der Baumaßnahme zu verbinden und somit für dieses Jahr nicht vorzusehen.

Bei der letzten Listenposition ginge es um die Notwendigkeit, an der Parkgarage in absehbarer Zeit Sanierungen vorzunehmen. Unabhängig davon, welche Lösung man hier umsetzen werde, könne natürlich auch während des Jahres die Parkgarage aus statischen Gründen geschlossen werden müssen. Herr Seitz erklärt, dass das Parkdeck derzeit regelmäßig von einem Statiker begangen werde. Bei einer Schließung der Parkgarage stehe man vor dem Problem, dass man natürlich eigene Dienstfahrzeuge und dienstlich genutzte Privatfahrzeuge unterbringen müsse. Bei einer Sperrung des Parkdecks müsse man auf umliegende Parkhäuser ausweichen. Die Hauptverwaltung habe versucht, die Kosten hierfür zu ermitteln und auf Liste entsprechend 40.000 Euro vorgeschlagen.

Landrat Sailer erklärt, dass aus seiner Sicht die Möblierung des kleinen Sitzungssaales geschoben werden könne. Den Ansatz für das Parkdeck könne man zwar aufnehmen, aber genauso gut noch ein Stück weit strecken. Durch den milden Winter gebe es so gut wie keinen Wasser- und Salzeintrag in die Garage.

Kreisrat Dr. Brem erkundigt sich, ob an der Parkgarage entsprechende Messinstrumente angebracht wären. Ihn wundere ein wenig, dass man derzeit noch nicht sagen könne, wann das Parkdeck gesperrt werden müsse.

Herr Seitz erklärt dazu, dass ein Ingenieur regelmäßig die Parkgarage begehen und diese immer wieder für einen gewissen Zeitraum weiter frei geben würde. Wie die Messungen vorgenommen würden, könne er jedoch nicht sagen. Seiner Meinung nach werde sich in den Sommermonaten nicht viel an der Situation verändern. Eine Verschlimmerung werde sich wie von Landrat Sailer bereits erwähnt durch Salz- und Wassereintrag ergeben. Ob dies dann jedoch unmittelbare Auswirkungen hätte, wisse man nicht.

Kreisrat Dangl erkundigt sich nach der Verfügbarkeit der anmietbaren Flächen in der Umgebung. Des Weiteren würde ihn interessieren, ob es Alternativen dazu gebe oder ob dann auch Mitglieder aus dem Kreistag auf eigene Faust in der Umgebung einen Parkplatz suchen müssen.

Landrat Sailer erklärt dazu, dass in den Parkhäusern Viktoriapassage, Bahnhof und Schaezlerstraße Kapazitäten frei wären. Das Parkhaus am Diako sei relativ teuer, deswegen werde man darauf nicht zurückgreifen. Im Zweifelsfall sei es eben so, dass es keine Besucherparkplätze mehr gebe. Dies werde auch in der Umbauphase so sein. Bei Sitzungen müsse man durch Anmieten von Parkplätzen in den Tiefgaragen entsprechende Lösungen finden.

Kreisrat Schönfelder findet es berechtigt und aner kennenswert, dass man sich als Arbeitgeber für diesen Fall Gedanken mache. Die Frage wäre, ob in so einem Fall mit dem Personalrat im Haus eine Regelung getroffen werden müsse. Seiner Meinung nach müsse niemand einen Parkplatz in Anspruch nehmen, der beispielsweise aus Täfer tingen komme. Hier sei es zumutbar, zukünftig mit dem Bus zu fahren. Kreisrat Schönfelder erklärt, dass der Kreis der Parkplatznutzer so weit als möglich reduziert werden müsse. Zu der Begehung durch einen Ingenieur würde ihn interessieren, ob damit auch die Frage der Haftung verbunden sei.

Landrat Sailer erklärt zur ersten Frage, dass aus seiner Sicht Dienstfahrzeuge und dienstlich eingesetzte Privatfahrzeuge Priorität hätten. Ansonsten ginge es natürlich danach, wer das Amt mit dem öffentlichen Nahverkehr gut erreichen könne. Zur Haftungsfrage erklärt Landrat Sailer, dass man hier kein Haftungsrisiko habe, solange der Statiker grünes Licht für die Benutzung gebe. Wenn der Statiker jedoch die Freigabe nicht mehr geben könne, werde man die Garage sofort sperren.

Kreisrat Buhl stellt fest, dass man den Personalhaushalt in der Fraktion diskutiert habe. Im Zuge dessen habe man erfahren, dass Frau Hagen bestimmte Aufträge, die bisher nach außen vergeben wurden, künftig in eigener Zuständigkeit im Haus erledigen wolle. Kreisrat Buhl erklärt, dass hier belastbare, nachprüfbare Zahlen fehlen würden. Wenn man mit dem Kinderschutzbund keinen Vertrag mehr habe, müsse dies von jemandem übernommen werden. Hier wolle man dagegen gestellt haben, wie es mit dem Personal aussehe und wie viel Personal alternativ dazu beschäftigt werden soll. Es müsse eine Gesamtkostenrechnung aufgestellt werden. Dazu gehöre nicht nur das, was diese Person im Jahr koste, sondern wie teuer der Arbeitsplatz insgesamt wäre. Des Weiteren würde ihn interessieren, um wie viele Aufträge es hier gehen würde. Kreisrat Buhl erklärt, dass seine Fraktion diese Informationen gerne bis zur dritten Lesung des Kreisausschusses haben wolle.

Landrat Sailer stellt fest, dass es sich hierbei um das Tagesmütterprojekt beim Kinderschutzbund handeln würde. Aus diesem Projekt sei man im Einvernehmen mit dem Kinderschutzbund ausgestiegen. Aus diesem Grund habe man hier den Haushaltsansatz von 38.000 Euro auf 16.000 Euro reduziert. Des Weiteren habe man einen Vertrag bei der Katholischen Jugendfürsorge gekündigt, weil man hier auch Aufgaben selbst übernehmen wolle. Landrat Sailer erklärt, dass man zur dritten Lesung hierzu detaillierter berichten werde.

Kreisrätin Huber erklärt, dass die Entscheidung des Amtes für Jugend und Familie schon nachvollziehbar sei. Je mehr Krippenplätze es gebe, umso weniger Tagesmütter würden angeboten. Sie könne sich vorstellen, dass die Stelle einfach nicht mehr ganz ausgelastet sei.

Landrat Sailer stellt abschließend fest, dass man das Thema mit der dritten Lesung des Haushalts darstellen werde.

Zu den weiteren Listenpositionen erklärt **Kreisrat Dangl**, dass seine Fraktion die Neumöblierung des kleinen Sitzungssaales gerne herausnehmen würde.

Mit diesem Vorschlag besteht seitens des Ausschusses Einverständnis.

Herr Seitz erläutert im Anschluss den Vorschlag der Hauptverwaltung zu den Sicherheitsterminals. Er erklärt, dass dies von der Hauptverwaltung schon einmal vorgeschlagen wurde. Damals habe man diese Position von der Liste gestrichen. Herr Seitz führt weiter aus, dass bei Verlust der Karte diese jemand finden und dann auch wissen müsse, was man damit machen könne. Man könne sich zwar Zutritt zum Gebäude verschaffen, stehe dann im Haus jedoch vor verschlossenen Büros. Natürlich gebe es ein gewisses Risiko von Vandalismus. Herr Seitz erklärt dazu, dass dieses Risiko durch die Versicherung abgedeckt sei.

Kreisrat Schönfelder will wissen, ob die Karten der Mitarbeiter so aussehen würden wie die Karten, die an die Kreisräte ausgegeben wurden. Seine Karte sei ganz neutral gehalten.

Landrat Sailer erklärt, dass die Mitarbeiter andere Karten hätten, da hier auch die Zeiterfassung mit beinhaltet sei. Abschließend schlägt er vor, dieses Thema erst wieder im Zusammenhang mit Umbaumaßnahmen im Eingangsbereich aufzugreifen.

Kreisrätin Rößner erkundigt sich, ob es schon Vorfälle bezüglich Missbrauch der Karten oder Vandalismus gegeben habe.

Herr Seitz erklärt dazu, dass ihm kein Fall von unberechtigtem Eindringen ins Gebäude oder Vandalismusschäden bekannt sei.

Kreisrat Dr. Brem will wissen, ob diese Karten auch entwertet werden könnten.

Dies wird von **Herrn Seitz** bejaht. Ab dem Zeitpunkt, wo der Verlust bemerkt und gemeldet werde, könne die Karte gesperrt werden und sei damit gegenstandslos.

Auf weitere Nachfrage von **Kreisrat Dr. Brem** erklärt **Herr Seitz**, dass es nur um die Karten ginge, die von Kreisräten und Feuerwehrkräften benutzt würden. Außerdem wären für einige Mitarbeiter diese Karten auch für das Wochenende freigeschalten.

Landrat Sailer schlägt abschließend vor, die Haushaltsmittel hierfür noch nicht vorzusehen. Aus seiner Sicht wäre es unter Sicherheitsaspekten sinnvoller, auch den Hintereingang videoüberwachen zu lassen. Vom C&A aus ginge es nur über eine kleine Mauer auf das Gelände des Landratsamtes. Dies sei seiner Meinung nach kritischer als die Codierung. Dies müsse jedoch hausintern noch einmal kommuniziert werden. An die Codierung könne man gehen, wenn der Eingang behindertengerecht umgebaut werde.

Mit diesem Vorschlag sind die Mitglieder des Ausschusses für Personal, EDV und Organisation einverstanden.

Bei der nächsten Listenposition handelt es sich um die Neumöblierung der Kantine. **Herr Seitz** führt hierzu aus, dass die Umbaumaßnahmen in der Kantine vom Bau-, Umwelt- und Energieausschuss geschoben wurden. Vor diesem Hintergrund würde er eher davon abraten, jetzt die Möblierung anzugreifen. Grundsätzlich mache es durchaus Sinn, weitere Konferenzräume zu haben. Es mache jedoch seines Erachtens keinen Sinn, die Kantine lediglich möbelmäßig in diesem Sinne umzurüsten, ohne weitere Umbaumaßnahmen vorzunehmen. Herr Seitz empfiehlt, diese Position ähnlich wie der Bau-, Umwelt- und Energieausschuss auf das kommende Jahr zu schieben.

Landrat Sailer ergänzt, dass es doch sinnvoller sei, für dieses Jahr die Planungsmittel für das nächste Jahr einzustellen. Dann könne man im Zusammenhang mit der Umbaumaßnahme die Möblierung mit planen.

Damit besteht Einverständnis seitens des Ausschusses.

Des Weiteren schlägt **Landrat Sailer** vor, für das Anmieten externer Parkflächen für den Fall der Sperrung der Parkgarage 20.000 Euro in den Haushalt einzustellen. Auch damit sind die Mitglieder des Ausschusses für Personal, EDV und Organisation einverstanden.

Im Anschluss an die Diskussion fasst der Ausschuss für Personal, EDV und Organisation folgenden

Beschluss:

Der Ausschuss für Personal, EDV und Organisation empfiehlt dem Kreisausschuss die Aufnahme der in der Vorlage enthaltenen Haushaltsansätze und Verpflichtungsermächtigungen in den Kreishaushalt 2014.

Die ergänzte Vorlage des Ausschusses für Personal, EDV und Organisation zum Kreishaushalt 2014 ist Bestandteil dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	0

**TOP 3 Sachstandsbericht zur Einführung des papierlosen Sitzungsdienstes;
Anfrage der FW vom 17. Dezember 2013
Vorlage: 14/0001**

Sachverhalt:

Seit dem Jahr 2000 organisiert der Landkreis Augsburg seinen Sitzungsdienst mit der Softwarelösung Session der Fa. Somacos. Seit diesem Zeitpunkt werden Vorlagen innerhalb der Verwaltung nur noch elektronisch weitergeleitet und freigegeben.

Im Jahr 2010 hat sich der Ausschuss für Personal, EDV und Organisation zum Ziel gesetzt, schrittweise einen papierlosen Sitzungsdienst umzusetzen und ab der kommenden Wahlperiode komplett papierlos zu arbeiten.

Die Einführung des papierlosen Sitzungsdienstes auf freiwilliger Basis erfolgte zum 01.05.2011. 18 Kreisrätinnen und Kreisräte machten den Anfang. Inzwischen arbeiten 38 Kreisrätinnen und Kreisräte papierlos und erhalten ihre Unterlagen über die Software Mandatos für das Notebook bzw. die Mandatos App für das iPad. Ferner wurde beschlossen, Niederschriften nur noch über die Informationssysteme zur Verfügung zu stellen.

Aufgrund der dargestellten Maßnahmen konnten inzwischen Einsparungen beim Papierverbrauch im Bereich des Sitzungsdienstes erzielt werden. Diese können vom Servicezentrum aber nicht näher beziffert werden, da sich der Papierverbrauch in anderen Bereichen erhöht hat und sich seit einigen Jahren insgesamt ein in etwa gleich hoher Jahresverbrauch ergibt.

Aus Sicht der Verwaltung sind nennenswerte Einsparungen im Bereich der Druck- und Portokosten und damit einhergehend eine weitere Reduzierung des Verwaltungsaufwandes erst nach einer Komplettumstellung auf den papierlosen Sitzungsdienst möglich.

Nähere Informationen können dem im Jahr 2013 veröffentlichten Praxisbericht der Fa. Living Data entnommen werden.

Es wird vorgeschlagen, dem neuen Kreistag die Entscheidung über die weitere Vorgehensweise zu überlassen.

Zu den Ausführungen von **Herrn Merz** wird auf die Präsentation verwiesen.

Kreisrat Dr. Brem erklärt, dass ihm in dem Vortrag noch Zahlen bezüglich der Nutzungsrate und Einspareffekte gefehlt hätten. Ihn würde interessieren, welche Einspareffekte tatsächlich erzielt wurden und was erzielt werden könnte, wenn in der nächsten Wahlperiode zusätzliche Personen aus dem Kreistag auf den papierlosen Sitzungsdienst umsteigen würden. Man spreche hier faktisch über zwei Kommunikationskanäle. Die Frage sei, ob man realistisch gesehen einen Zustand erreichen könne, wo das eine durch das andere ersetzt werde oder ob beide dauerhaft auch in die nächsten Wahlperioden hinein bestehen müssten. Es werde vielleicht immer jemand sagen, dass er nicht digital arbeiten wolle.

Herr Merz erklärt dazu, dass man realistische Einsparungen von jährlich bis zu 40.000 Euro kalkuliert habe. Hierzu verweist er auf den Erfahrungsbericht, den man für Living Data abgegeben habe. Darin enthalten seien unter anderem Einsparungen von Papier-, Porto- und Personalkosten. Der analoge Weg könne seiner Meinung nach nicht komplett durch den digitalen Weg ersetzt werden. Man könne eine Kreisrätin oder einen Kreisrat nicht zwingen, mit dem Tablet zu arbeiten. Herr Merz führt weiter aus, dass man realistisch gesehen die 40.000 Euro wahrscheinlich nie erreichen werde. Wenn man 30.000 Euro einsparen könne, sei dies ein guter Effekt. Er persönlich glaube jedoch nicht, dass man den Sitzungsdienst völlig papierlos umstellen könne.

Landrat Sailer erklärt, dass seiner Meinung nach die Zahl der Nutzer auch in der nächsten Wahlperiode steigen werde. Wenn ein Kreisrat jedoch lieber in Papierform arbeiten wolle, müsse man dies so akzeptieren. Seiner Auffassung nach sei jedoch das Potenzial in Richtung 30.000 Euro Einsparungen sicher gegeben.

Kreisrat Bergmeir wundert sich darüber, dass doch noch relativ viele Kreisrätinnen und Kreisräte immer noch auf die Papierform setzen würden. Er könne sich vorstellen, dass von diesen Personen einige privat das Internet nutzen würden und auch einen Computer zuhause hätten. Wenn man digital arbeite, brauche man keine Ordner mehr und müsse nicht mehr lange herumblättern. Über die Suchmaschinen finde man alles viel schneller. Seiner Meinung nach müsse gerade jetzt mit dem neuen Kreistag Aufklärungsarbeit geleistet werden. Er könne sich schon vorstellen, dass der eine oder andere Kreisrat dann relativ schnell papierlos arbeiten werde. Kreisrat Bergmeir erklärt, dass man letztlich nicht jeden dazu bewegen könne. Nachdem es seiner Meinung nach jedoch keinen Kreisrat gebe, der keinen Computer zuhause habe, wundere er sich darüber schon ein wenig.

Landrat Sailer erklärt, dass es nach der Wahl natürlich eine entsprechende Informationsveranstaltung geben werde. Aus seiner Sicht werde man wieder das Angebot unterbreiten, iPads finanziell zu unterstützen, so dass die Nutzungsquote auch nach oben ginge.

Kreisrat Schönfelder regt an, das Reglement in der Satzung des Kreistages festzuschreiben. Die Information der Kreisräte sollte grundsätzlich in Papierform erfolgen. Wenn jemand papierlos arbeiten wolle, könne er das wählen.

Landrat Sailer erklärt, dass dies bereits durch die Geschäftsordnung des Kreistages geregelt werde.

Herr Seitz verliert in dem Zusammenhang die derzeitige Regelung (§ 15 Abs. 2) der Geschäftsordnung: „Die Ladung erfolgt grundsätzlich auf elektronischem Weg über das Ratsinformationssystem (Mandatos) durch Bereitstellung im Internet, per Brief, Fax oder E-Mail. ... Die Zustimmung des Kreistagsmitglieds zur Ladung auf elektronischem Weg über das Ratsinformationssystem (Mandatos) erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Landrat. Die Erklärung kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.“ Herr Seitz erklärt, dass diese Geschäftsordnung mit der neuen Kreistagsperiode auch neu verabschiedet werde. Was von den Fraktionen dann mit aufgenommen werde, gelte dann entsprechend.

Kreisrat Dr. Brem hat noch eine Frage zu den aufgeführten 40.000 Euro Einspareffekt. Ihn würde interessieren, ob hier hausseitige Arbeitskosten auch mit einkalkuliert wurden. Er könne sich vorstellen, dass aufgrund der zweifachen Struktur in irgendeiner Form mehr Arbeitszeit notwendig sei, um beide Kanäle zu bedienen. Darum würde ihn interessieren, ob es sich dabei um eine Gesamtkostenbetrachtung handeln würde oder ob es nur das Ergebnis aus Papiereinsparung und aus sonstigen Effekten sei.

Herr Merz erklärt dazu, dass dabei lediglich die Einsparung auf Papierbasis berücksichtigt wurde. Die Mehraufwendungen seien nicht so groß. Die Dokumente würden alle digital erstellt und müssten per Mausclick nur noch in den öffentlichen Ordner geschoben werden. Dies sei zwar ein Mehraufwand, der sich jedoch minimal in Grenzen halten würde.

Kreisrat Schönfelder verweist auf andere Gremien mit Beteiligung des Landkreises wie beispielsweise Volkshochschule, Messe Augsburg und Jobcenter. Vom Handling her gesehen ergebe es erst dann einen Sinn, sobald man auch auf die Beteiligungen des Landkreises Einfluss nehme und im selben Stil arbeite. Erst dann mache das Ganze auch Spaß. Solange diese jedoch alles in Papierform schicken würden, baue sich ein Ordner auf und dann käme es auf einen zweiten Ordner auch nicht mehr an.

Diese Anregung wird von **Landrat Sailer** aufgegriffen. Bei den meisten Töchtern werde bereits papierlos gearbeitet. Bei Jobcenter und vhs werde er die Anregung jedoch weitergeben.

TOP 4 Verschiedenes

Keine Vorlagen

TOP 5 Wünsche und Anfragen

Keine Wünsche und Anfragen

40. Sitzung des Ausschusses für Personal, EDV und Organisation 07.02.2014